

Rede von Stadträtin Stolz
zur Haushaltsverabschiedung im Gemeinderat am 18.12.2012

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Herren Bürgermeister (gerne würde ich auch eine Dame in der Riege begrüßen, dies geht leider nicht in Heidelberg), sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren im Publikum,

bei der Einbringung der Änderungsanträge hatte ich das Wichtigste schon gesagt, erlauben Sie mir jetzt einen persönlichen Rückblick auf das, was seither passiert ist:

Die Änderungsanträge von Bunte Linke/ Die Linke zielten darauf, weniger Schulden zu machen, alle Einnahmequellen zu nutzen, Armut und ihre Folgen zu bekämpfen und Nutzer städtischer Einrichtungen stärker an den Kosten zu beteiligen.

Wir hatten klar formuliert, dass ein Haushalt mit einer Neuverschuldung von über 57 Mio. € von uns keinesfalls mitgetragen werden könnte. Wir freuen uns, dass das auch viele andere in dieser Runde so gesehen hatten und dass unter Berücksichtigung einiger Vorschläge der Politik schon im Änderungsblatt der Verwaltung die Neuverschuldung erheblich gesenkt wurde auf jetzt 38,6 Mio. € in den zwei Haushaltsjahren. Über die Beratungen zum gemeinsamen Paket haben die Vorredner und Vorrednerinnen bereits gesprochen.

Betrachten wir die Stadt als Gesundheitssystem, sind Basisversorgung und Therapie, Prävention, Wellness, Luxus in dieser Reihenfolge zu finanzieren.

Was meine ich damit? Wichtig ist vor allem eine funktionierende, gesunde Grundversorgung. Die Kommune ist insbesondere und zuallererst zuständig für öffentliche Verwaltung, Unterhalt und Betrieb von Schulen und Kindergärten, öffentlichen Raum und Straßen. Ein funktionierender Nahverkehr gehört ebenso zu den Grundaufgaben, wie die Ver- und Entsorgung bei Energie, Wasser und Abfall. Auch Kinderbetreuung und Sozialhilfe in den verschiedenen Altersgruppen ist Grundversorgung.

Neben der Grundversorgung müssen wir immer eine besondere Aufmerksamkeit richten auf notleidende Bereiche aus dem genannten Aufgabenfeld. Wo in unserer Stadtgesellschaft „Krankheiten“ und „Unwohlsein“ vorliegen, müssen wir zuallererst für „Genesung“ sorgen. Hier ist Heidelberg eigentlich gut aufgestellt. Der Haushaltsentwurf der Verwaltung enthielt schon Transferleistungen zu Armutsbekämpfung, Opferschutz, Persönlichkeitsentwicklung bei Kindern und Jugendlichen ebenso wie im Bereich der Erwachsenenbildung als Therapie und Prävention mit Zielsetzung körperliche und seelische Gesundheit sowohl einzelner Menschen als auch ganz besonders auf das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft. Diese werden jetzt ergänzt um die ein oder andere notwendige Erhöhung im gemeinsamen Antragspaket.

Herr Lachenauer, Sie haben recht, der Sozialbereich ist Grundversorgung, Therapie und Prävention und damit Pflichtaufgabe der Stadt. Das berücksichtigt das gemeinsame Paket und schlägt hier in diesen Bereichen auch einige Erhöhungen vor.

Ganz besonders freut uns, dass wir mit unserem Modellvorschlag zum Sozialticket alle überzeugen konnten. Das Sozialticket gehört jetzt zum gemeinsamen Paket aller Fraktionen. Herzlichen Dank in die ganze Runde für diesen gemeinsamen Antrag. Damit ziehen wir unseren Antrag 175 mit 480 000 € pro Jahr für ein Sozialticket natürlich zurück. Mit dem Paket-Antrag wird es in Heidelberg endlich möglich sein, sich mit der im Hartz IV vorgesehenen Summe von ca. 20 € monatlich im ÖPNV zu bewegen. Nach aktuellem Plan wird damit das ganz normale, nicht übertragbare Monatsticket von der Stadt bezuschusst, sodass weder ein Sondervertrag mit, noch Ausgleichszahlungen an den RNV nötig sind. Nach dem jetzt vorgelegten Modell kommen die eingesetzten Gelder direkt den Betroffenen zugute und nicht, wie nach der Studie im Sommer vorgeschlagen und in einer Verwaltungsvorlage vorgesehen, als fast halbe Million Euro Sockelbetrag dem RNV, ohne dass auch nur ein Mensch einen Kilometer vergünstigt gefahren wäre. Wir bieten an, bei der konkreten Umsetzung mitzuwirken, sind doch in unseren Kreisen schon sehr viele Gedanken

und Modelle hierzu gedacht, entworfen und ausgearbeitet, und teilweise auch wieder verworfen worden. Sehr geehrte Verwaltung, die sachkundigen Bürger werden gerne mitwirken. Kommen Sie bitte darauf zurück. Das Sozialticket für 20 € ist ein wichtiger Baustein gegen Armut und Ausgrenzung. Die gewonnene Mobilität wird für zumindest teilweise „Genesung“ sorgen, ist Mobilität doch eine Grundvoraussetzung für die Teilnahme am öffentlichen Leben. Mit den weiteren Vergünstigungen aus dem Heidelberg Pass wird auch die Teilnahme an Sport, Freizeiteinrichtungen und Kultur erleichtert. Therapie pur. Noch besser wäre es, wenn durch Bundes- und Landesgesetzgebung verstärkt gegen Armut vorgegangen würde. Das ist aber ein anderer Bereich und an anderer Stelle zu beraten.

Zu den „Präventionsausgaben“ gehört die Finanzierung von Projekten und Kampagnen zur Gewaltprävention genauso wie Stadtteilmanagement und sonstige soziale Projekte. Auch Sportförderung und kulturelle Angebote, etwa musikalische Bildung in der Musik- und Singschule, gehören für mich in den Bereich der Prävention. Ermöglichen Sie doch individuelle Entwicklung und ein Zusammenwachsen einzelner Gruppen und auch der gesamten Bürgerschaft. Die Wirtschaftsförderung gehört ebenfalls in den Bereich der Prävention, allerdings hier nicht mit direktem Blick auf jeden einzelnen Menschen, sondern eher über den Umweg „Attraktivität der Stadt“ für Wissenschaft, Tourismus und Gewerbe, um damit Heidelberg als attraktive Ausbildungs- und Arbeitsstätte, als Stadt mit Wohngebieten mit attraktiven kulturellem und sozialem Umfeld, hohem Freizeitwert und gesunder Natur zu positionieren.

Doch hier wie in vielen anderen Dingen sind die Übergänge von der Prävention zur „Wellness“ oft fließend. Je mehr Sportvereine, Kulturangebote und -institutionen mit ihren Projekten im Bereich reine Freizeitgestaltung – in meiner Analogie also „Wellness“ - aktiv sind, umso mehr muss die Finanzierung unabhängig von städtischer Förderung erfolgen. Hier sind im gemeinsamen Paket einige Erhöhungsanträge enthalten, die wir bei separater Abstimmung sicher nicht unterstützt hätten. Doch da unsere wichtigsten Forderungen – allen voran die globale Minderausgaben und das Sozialticket – ebenfalls im Paket sind, gehen wir hier trotzdem mit. „Wellness-Projekte“ dürfen nach unserer Vorstellung langfristig jedoch nur noch teilweise und nur mit gutem langfristigem privatem Ko-Finanzierungskonzept aus Steuermitteln unterstützt werden. Die vor allem im kulturellen Bereich übliche Praxis: „Die öffentliche Hand finanziert Räume, Infrastruktur und das Personal – Sponsoren und Nutzer finanzieren nur Highlights und ihre eigene direkte Nutzung des Angebots“ läuft langfristig in eine Spirale, in der die Stadt immer mehr Infrastruktur für den Wellnessbereich zahlen muss. Hier müssen wir einen Weg finden, einen sehr viel höheren Eigenanteil innerhalb der Projekte und Einrichtungen zu erwirtschaften, aufgebracht von den Nutzern und ergänzt durch Sponsoring.

Luxus kann nicht allein aus städtischen Mitteln finanziert werden. Aber wenn Gebäude für Kultur von der Stadt gekauft werden oder Miete bezuschusst wird, müssen diese auch in einen Zustand versetzt werden, der sie nutzbar macht. Das gilt sowohl für die Halle 02 als auch für die Dischinger Straße. Wer wann in welchem Umfang saniert und renoviert, ist mit den Partnern abzusprechen. Aus meiner persönlichen Sicht darf das ambitionierte Vorhaben des selbstverwalteten Jugendkulturzentrums nicht hinausgezögert werden. Wir haben trotzdem keinen Erhöhungsantrag gestellt, die Vorredner haben klargemacht, dass er mit Sicherheit keine Mehrheit gefunden hätte. Hierzu ist noch Überzeugungsarbeit nötig, es werden im nächsten Jahr weitere Beratungen und Erklärungen des vorgelegten Konzeptes nötig sein, bevor konkrete Summen in den Haushalt eingestellt werden können. Selbstverwaltung durch Jugendliche ist nach meiner Ansicht „Learnig by doing“ und damit Prävention, nicht Wellness oder Luxus. Die Kommune muss solche Projekte finanzieren! Vieles andere im Bereich Kultur gehört zum Luxus und dürfte deshalb eigentlich gar nicht von der öffentlichen Hand aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Die Entscheidung zur Förderung der im Haushalt stehenden Luxus-Kulturprojekte fiel allerdings oft schon vor Jahren. Jetzt müssen wir diese Aufgaben auch langfristig schultern und versuchen, langfristig Unterstützer und Sponsoren auch an den Infrastruktur-Kosten zu beteiligen.

Für uns als Bunte Linke sind die Internationale Bauausstellung und der Neubau eines Kongresszentrums reiner Luxus. Die Stadt sollte hierfür gar kein Geld ausgeben. In keinem

Fall aber sollte sie diese Projekte allein finanzieren. Mindestens die Hälfte, besser 80 – 90 % der Kosten sind von anderen, allen voran den zukünftigen Nutznießern aufzubringen. Anträge hierzu unterstützen wir beziehungsweise halten sie aufrecht.

Das im Leitantrag jetzt auch gemeinsam geforderte Kennzahlen- und Bewertungssystem wird uns helfen, die Unterscheidung nach Basisversorgung, Therapie, Prävention, Wellness und Luxus sinnvoll vornehmen zu können. Auch dies ist für uns ein Grund, dem Antragspaket trotz einer Reihe eigentlich nicht zustimmungsfähiger Einzelanträge zuzustimmen. Wurden doch seit vielen Jahren und immer wieder in unterschiedlichsten Zusammenhängen von der Bunten Linken in fast unzähligen Diskussionsbeiträgen und Anträgen klärende Zahlen, Daten und Fakten gefordert. Jetzt ist es soweit. Auch hierfür herzlichen Dank, dass dieser Punkt in das gemeinsame Paket eingehen konnte.

Wir finden, dass in der gemeinsamen Diskussion zum Haushalt viel erreicht wurde. Es können jetzt einige Verbesserungen bei kulturellen und sozialen Einrichtungen und Projekten verwirklicht werden. Gleichzeitig konnten mit Unterstützung der Verwaltung absehbare Verzögerungen in Investitionen konkretisiert und die entsprechenden Summen aus dem Haushaltsplan herausgenommen werden. Das ist gut so.

Immer noch sind wir aber weit weg vom Ziel der Schuldenreduktion. Meine Damen und Herren, wir dürfen dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren. Bis zum Erreichen einer Null-Verschuldung müssen wir auf neue Luxusprojekte verzichten und dürfen Wellness nur bei hoher Selbstbeteiligung der Nutzer finanzieren.

Und auch eine Steuererhöhung – wie von uns vorgeschlagen – sollte nicht als Teufelswerk angesehen werden, sondern als ganz legitimes Mittel zur nachhaltigen Einnahmeverbesserung. Deshalb können wir diese Anträge, mit dem Ziel einer langfristigen Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt, auch nicht zurückziehen.

Zurückgezogen haben wir die Anträge 182 betreffend der Kosten für die Unterkunft, hier ist eine genauere Analyse der Situation nötig, das kann nicht über einen Haushaltsbeschluss geklärt werden. Er ist in der Tischvorlage versehentlich noch enthalten.

Da viele ihre separaten Anträge zurückgezogen haben und Erhöhungen nicht zustimmen werden, wird das Ergebnis der Einzelabstimmungen wohl so ausfallen, dass wir auch dem Gesamtentwurf zustimmen können, doch das werden wir in den nächsten Minuten erfahren.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und noch viel größeren Dank für die konstruktive Zusammenarbeit in der gemeinsamen Arbeitsgruppe zu den Änderungsanträgen. Ich würde mir wünschen, dass wir so in Zukunft öfters miteinander umgehen.